

Mehr Sicherheit für Köln: Anlaufstelle am Roncalliplatz eröffnet

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring begrüßt die neue feste „Anlaufstelle Dom“ von Stadt und Polizei am Roncalliplatz als „wichtigen Baustein für mehr Sicherheit“ in Köln. Sie ersetzt das seit Anfang 2016 genutzte provisorische „Sicherheitsmobil“ vor dem Hauptbahnhof. „Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit oder „Angsträume“ in unserer Stadt geben! Hier ist konsequentes Handeln von Polizei und Kommune angesagt. Unterstützend müssen wir alles daran setzen, Aspekte der Kriminalprävention mit städtebaulichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen, damit sich Menschen in ihrer Heimat wohl fühlen!“ Eine Aufforderung an die Bundesregierung, „die Wahrung und Erhöhung der Sicherheit in Städten als Aspekt und Ziel der Stadtentwicklungspolitik zu etablieren“, hat der Bundestag im Mai verabschiedet, so der Unions-Bauexperte.

Sondierungsabbruch: Ziel der Union ist eine stabile Regierung

Der Abbruch der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen stellt die parlamentarische Demokratie vor eine große Herausforderung. Die Bemühungen, trotz eines für alle Beteiligten schwierigen Wahlergebnisses ein stabiles Regierungsbündnis für die nächsten vier Jahre zu bilden, waren nicht von Erfolg gekrönt. „Wir glauben, dass wir auf einem Pfad waren, auf dem wir etwas hätten erreichen können“, erklärte Angela Merkel in der Landesvertretung von Baden-Württemberg. Dort waren die Sondierungen von CDU, CSU, FDP und Grünen in der Nacht auf Montag ohne weiteres Ergebnis zu Ende gegangen. CDU und CSU werden auch in schwierigen Zeiten



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Parteien nach dem Aus der Jamaika-Sondierungen zu Kompromissen aufgefordert. "Mit der Wahl hat das Volk entschieden, damit müssen wir als Gewählte nun umgehen, verantwortlich umgehen", so Schäuble zu Beginn der ersten Plenarsitzung nach der Konstituierung. (Bild: CDU/CSU)

Verantwortung übernehmen, versicherte die geschäftsführende Bundeskanzlerin.

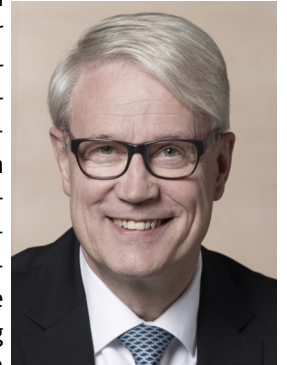
Keine neuen Schulden, ein Abbau des Solidaritätszuschlags, eine bessere Förderung von Familie und mehr Personal für unsere Polizei - Nordrhein-Westfalen und auch Köln hätten von der Einigung auf eine Verstetigung der hohen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und der geplanten weiteren Entlastung der Kommunen profitiert, die ebenfalls bereits vereinbart waren. Auch bei den bis zuletzt kritischen Fragen der Migrations- und Einwanderungspolitik waren klare Regelungen ebenso möglich wie bei der Klimaschutzpolitik. Vor diesem Hintergrund ist für NRW-Ministerpräsident Armin Laschet das Ende der Gespräche „sehr bedauerlich“.

CDU-MdB Karsten Möring: „Weil wir um unsere Verantwortung wissen, sind wir als Union weiterhin bereit, unserem Land

eine gute Regierung unter Führung unserer Kanzlerin zu stellen. Sie hat in den vergangenen vier Wochen erneut bewiesen, warum sie zu Recht seit zwölf Jahren an der Spitze der Bundesregierung steht und warum sie das Land weiter gut führen kann“. Nun komme es darauf an, dass sich alle politischen Parteien ihrer Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land und erst danach an sich selbst dächten, so der direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Köln I.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

es war ein Wechselbad der Gefühle. Wir waren bei den Sondierungsverhandlungen nah an einer inhaltlichen Einigung. Ich respektiere die Entscheidung der FDP zum



Abbruch der Gespräche, aber ich teile sie inhaltlich nicht. Es ist aber nicht die Stunde für Schuldzuweisungen. Die Menschen werden sich selbst ein Urteil bilden. Viele sind aber enttäuscht, dass die Sondierungen nicht zu einem Einvernehmen gekommen sind.

Deshalb jetzt Neuwahlen anzustreben, wäre ein Armutszeugnis für die Politik. Der Auftrag zur Regierungsbildung ist der höchste Auftrag des Wählers an die Parteien in einer Demokratie. Damit müssen wir verantwortlich umgehen. Offen gestanden fehlt mir die Phantasie, was eine Neuwahl grundlegend an den Kräfteverhältnissen ändern sollte. Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, dass unser Land ein Garant für Stabilität und Verlässlichkeit bleibt. Es ist unsere Pflicht, alles daran zu setzen, eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Die bisherige Ablehnung der SPD, Verantwortung zu übernehmen, und selbst die rhetorischen Lockerungsübungen verbunden mit teuren politischen Maximalforderungen machen dies nicht leichter.

Ich werde mich jedenfalls mit aller Kraft für die Belange unserer Stadt Köln und für das Wohlergehen unseres Landes in Berlin einsetzen um dem großen Vertrauen gerecht zu werden, das die Wählerinnen und Wähler am 24. September in mich gesetzt haben.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Wichtige Bundeswehrmandate werden verlängert

In dieser Woche stand im Bundestag die Einbringung wichtiger Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr an. Es ging um insgesamt sieben Mandate, fünf davon liefen Ende dieses Jahres, zwei Ende Januar 2018 aus. Das Kabinett der geschäftsführenden Bundesregierung hatte sich bereits am 18. Oktober für die Verlängerung der sieben auslaufenden Einsätze ausgesprochen. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr bedürfen der parlamentarischen Mandatierung. Alle sollen noch im Dezember vom Parlament vorläufig um je drei Monate verlängert werden.

Zu den auslaufenden Mandaten gehören die Ausbildungs- und Beratungsmission „Resolute Support“ mit 980 Soldaten in Afghanistan, die maritime Sicherheitsoperation „Sea Guardian“, der Einsatz gegen das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ in Syrien und Irak sowie die kleineren Missionen im Sudan und im Südsudan. Dazu kommen die beiden Mandate, die Ende Januar auslaufen: der schwierige UN-Blauhelmeinsatz von bis zu 1000 Soldaten in Mali und die Ausbildungsunterstützung für die kurdischen Peschmerga im Nordirak.



Der Bundeswehrverband gab Abgeordneten die Möglichkeit, mit gelben „Bändern der Verbundenheit“ den 3.680 unmittelbar bei Auslandseinsätzen eingesetzten Soldaten Weihnachtsgrüße aus dem Bundestag zukommen zu lassen. Auch MdB Möring unterschrieb gerne: „Meine allergrößte Hochachtung gilt unsere Soldatinnen und Soldaten, die tagtäglich unter Gefährdung Ihres eigenen Wohls dem Friedensauftrag unseres Landes dienen!“ (Foto: Privat)

„Dieses Parlament hat es sich noch nie einfach gemacht, Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr in die Einsätze zu schicken. Uns als Union ist aber wichtig, dass Deutschland außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig bleibt und seine Bündnisverpflichtungen erfüllt. Diese Mandate leisten dabei einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit hier in Deutschland. Eine breite parlamentarische Zustimmung, ist Ausdruck dieses Bewusstseins“, so MdB Karsten Möring.

Am Kern der Einsätze ändert sich nichts: Einsatzauftrag, Einsatzgebiet, Rechtsgrundlagen, Personalobergrenzen und einzusetzende Fähigkeiten bleiben unverändert. Im Frühjahr soll der Deutsche Bundestag dann über mögliche Änderungen bei Truppenstärke oder Auftrag und die eigentliche Verlängerung entscheiden.

„Dieses Parlament hat es sich noch nie einfach gemacht, Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr in die Einsätze zu schicken. Uns als Union ist

Deutschlands beste Ausbilder kommen aus Köln



Die REWE GmbH aus Köln bekam in Berlin den Sonderpreis im Wettbewerb „Deutschlands beste Ausbilder“ der Wirtschaftsunioren und der Junioren des Handwerks. Mit dem Preis wird die Entwicklung einer App zur Begleitung der Ausbildung gewürdigt. Auch Kölns CDU-MdB Karsten Möring war hocherfreut und gratulierte zu der schönen Auszeichnung der Personalentwicklerin Katharina Ebel (links) und ihren Mitarbeiterinnen Juliane Rohner und Romea Doese. (Foto: privat).

Bundestag setzt Hauptausschuss ein

In dieser Woche setzte der Bundestag zur besseren Arbeitsfähigkeit vorübergehend einen Hauptausschuss ein. Dieser von Union, SPD, Grüne, FDP und AfD beantragte Ausschuss wird es dem Bundestag wie bereits 2013 ermöglichen, die notwendigen Vorhaben und Anträge zu beraten. Der Hauptausschuss übernimmt im Gesetzgebungsverfahren die Rolle der ordentlichen Bundestags-Ausschüsse, die erst nach einer Koalitionsbildung besetzt werden. Er sichert die Arbeit im Parlament und gewährleistet, dass Ausschussberatungen möglich sind.

Der Vorsitz obliegt Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble und umfasst 47 Mitglieder aller Fraktionen, 17 davon stellt die CDU/CSU. Er hat kein Selbstbefassungsrecht, sondern seine Zuständigkeit wird durch Überweisung durch das Plenum begründet. Darüber hinaus wurden noch ein Geschäftsausschuss sowie ein Petitionsausschuss eingesetzt.

Impressum:

Ausgabe 1-25112017
24. November 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

